



Berlin, 01. März 2010

Skandal – Baden-Württembergischer Landesregierung deckt Steuerhinterzieher

DSTG fordert die Entlassung von Justizminister Ulrich Goll

Seit über einem Jahr liegt das Angebot einer Daten-CD mit Erkenntnissen über 1.742 mutmaßlichen Steuerhinterziehern bei der Freiburger Steuerfahndung. 52 „Testfälle“ erbrachten 7 Millionen Euro Steuermehreinnahmen. Der Informant möchte für die Übergabe des kompletten Datensatzes 500.000 Euro Belohnung.

Mit diesem Hintergrund hatte Finanzminister Stächele richtiger Weise entschieden, den geforderten Betrag für die Hinweise, die zur Aufdeckung und Enttarnung von bis zu 1.742 Straftätern führen, zu zahlen.

Nach dieser richtigen Entscheidung meldete sich der Baden-Württembergische Justizminister Ulrich Goll, FDP, und legte im Stuttgarter Kabinett offenbar sein Veto ein. Was treibt Justizminister Goll dazu, wo doch die ihm unterstehende Staatsanwaltschaft Freiburg weiß, dass die Datensammlung „werthaltig“ und für die Aufdeckung von Straftaten vieler einzelner Täter wertvolle Erkenntnisse birgt? Vermutet oder weiß Justizminister Goll, dass unter den 1.742 mutmaßlichen Tätern ihm oder seiner Partei nahestehende Personen sind?

§ 258 Strafgesetzbuch bestimmt – Strafvereitelung –

„Wer absichtlich oder wissentlich ganz oder zum Teil vereitelt, dass ein anderer dem Strafgesetz gemäß wegen einer rechtswidrigen Tat bestraft oder einer Maßnahme unterworfen wird, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

§ 258 a Strafgesetzbuch bestimmt – Strafvereitelung im Amt –

„Ist in den Fällen des § 258 Abs. 1 der Täter als Amtsträger zur Mitwirkung bei dem Strafverfahren ... berufen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, in minderschweren Fällen Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.“

Warum sich Ministerpräsident Mappus bei dieser Sachlage gegen seinen Finanzminister stellt und dem Veto des Justizministers folgt, ist für die DSTG nicht nachvollziehbar. Völlig unverständlich ist es, dass Ministerpräsident Mappus seine ursprüngliche Absicht, die Datenprobe zur Begutachtung dem Bundeszentralamt für Steuern zuzuleiten, wieder zurückzieht, als er merkt, dass er möglicherweise auf Empfehlung des BZSt die Daten dann dennoch ankaufen müsse, weil dafür das Land nach unserer grundgesetzlichen Ordnung zuständig bleibt.

Ministerpräsident Mappus ist gefordert, seinen Justizminister Goll zu entlassen, weil dieser die ihm unterstehende Staatsanwaltschaft und die im Ressort des Finanzministers beheimatete Steuerfahndung daran hindert, 1.742 Straftäter der Strafe zuzuführen und dem Bund und allen Ländern einen millionenschweren Schaden (Verlust von Steuereinnahmen) zufügt.

Dieter Ondracek

(DSTG Vorsitzender)

Telefon

030206256600

070037842863 (0700dstgbund)

Fax

030206256601

Postadresse

Friedrichstr. 169-170

10117 Berlin

 dstg-bund@t-online.de

